

Jeder fünfte Sportunfall ereignet sich auf der Skipiste ...

... oder auf dem nicht beschneiten Grün daneben, wie man heutzutage ja hinzufügen muss. Gemessen an der vergleichsweise kleinen Zahl der Skisportenthusiasten zeugt dieser Anteil von einem besonders hohen Verletzungsrisiko. Insgesamt regulieren die deutschen Unfallversicherer jährlich rund 38.000 folgenreiche Sportunfälle. Nur auf dem Fußballfeld ereignen sich davon mit gut einem Drittel mehr als auf oder an der Piste – während die Zahl der aktiven Fußballer die der Skifahrer um ein Vielfaches übertrifft.

Skiunfälle führen zudem regelmäßig zu komplikationsreicheren Verletzungen, die sich in der hohen durchschnittlichen Leistungssumme von 7.700 Euro niederschlagen. Besonders häufig treten Muskel- und Bänderrisse, Verrenkungen und Zerrungen auf; das Knie ist die relativ meistbetroffene Region, vor allem bei Skifahrerinnen. Infolge von Fußballverletzungen zahlen die Unfallversicherer dagegen im Schnitt 5.200 Euro. Fazit: Sicherer fährt es sich auf der Skipiste mit dem Schutz einer guten Unfallversicherung im Rücken.

BaFin warnt vor Krypto-Finanzdienstleistern

Rund um den Krypto-Boom der vergangenen Jahre sind unzählige Finanzplattformen und -services entstanden. Wie die spektakuläre Pleite der Handelsplattform FTX im vergangenen Herbst gezeigt hat, sind nicht alle vertrauenswürdig. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) warnt nun explizit vor fünf Unternehmen:

- toncoins-pro.com, laut Eigenwerbung „eines der beliebtesten Bitcoin-Unternehmen der Welt“, verfügt in Deutschland nicht über die erforderliche Lizenz für Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen und weist zudem einige Ungereimtheiten auf.
- Bitcoin Champion ermangelt ebenfalls der nötigen Lizenz nach Kreditwesengesetz (KWG) oder Wertpapierinstitutsgesetz; die Website, der keine Rechtsform und kein Geschäftssitz zu entnehmen waren, wurde mittlerweile abgeschaltet.
- Cryptokasse steht wie die beiden vorgenannten Anbieter laut BaFin unter dem Verdacht, unerlaubt Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen zu erbringen.
- Crypto SuperStar wird von der BaFin ähnlich bewertet: „Die Inhalte auf der Website crypto-superstar.io sowie Informationen und Unterlagen, die der BaFin vorliegen, rechtfertigen die Annahme, dass über diese Plattform unerlaubt Bankgeschäfte bzw. Finanzdienstleistungen in Deutschland angeboten werden.“
- bitcoin UP bietet auf seiner Website weder ein Impressum noch Angaben zu Rechtsform oder Geschäftssitz und verweist in den Bedingungen auf Hongkonger Recht. Auch diese Plattform operiert ohne KWG-Lizenz.

Es sollte keinesfalls im Umkehrschluss angenommen werden, dass hier nicht aufgeführte Unternehmen von der BaFin als seriös eingestuft werden. Vorsicht und gesunder Menschenverstand sollten bei der Wahl einer Krypto-Plattform immer walten.

Wachwechsel bei Rentenverträgen

Die Riester-Rente wird immer mehr zur Untoten unter den Altersvorsorgeformen. Im vergangenen Jahr sank das Neugeschäftsvolumen, ausgehend von ohnehin schon bescheidenen Zahlen, um rund 60 Prozent auf 125 Millionen Euro. Nach 10,4 Millionen im Vorjahr hielten die Versicherten nur noch 10,2 Millionen Riester-Verträge im Bestand. Diese Entwicklung überrascht insofern nicht, als das Gros der Anbieter das Riester-Neugeschäft wegen Unrentabilität eingestellt hat. Wie es weitergeht, wird maßgeblich die Ende Januar gestartete „Fokusgruppe private Altersvorsorge“ der Bundesregierung festlegen.

Die Bundesbürger entdecken derweil mehr und mehr die Vorzüge der Basisrente für sich: Ein Plus von fast 16 Prozent verzeichnete dieses Rentensegment im Neugeschäft 2022. Mit 117 Millionen Euro Neu-Beitragsvolumen setzt es zum Überholen der Riester-Rente an. Im Gegensatz zu dieser kann die Basisrente („Rürup-Rente“) auf eine 100-prozentige Beitragsgarantie verzichten und damit freier, sprich rentabler wirtschaften, auch in Form einer Fondspolice.

Offene Publikumsfonds mussten 2022 Federn lassen

Das Börsenjahr 2022 verlief bekanntlich schwierig, über 12 Prozent büßte der DAX ein. So verwundert es nicht, dass offene Publikumsfonds laut einer Auswertung des Fondsverbands BVI erstmals seit mehr als zehn Jahren mehr Ab- als Zuflüsse verzeichneten. Unterm Strich sank das Nettomittelaufkommen um 4,2 Milliarden Euro. Zuletzt hatte 2011 im Zuge der Eurokrise ein negatives Jahresergebnis zu Buche gestanden.

Gegen den Trend entwickelten sich hingegen Fonds mit Nachhaltigkeitsmerkmalen gemäß Artikel 8 oder 9 der EU-Offenlegungsverordnung. Ihnen flossen 5,4 Milliarden Euro mehr zu, als abgerufen wurden. Daraus folgt, dass die nicht nachhaltigen Publikumsfonds sogar mehr als 9 Milliarden Euro Einbußen hinnehmen mussten.

Die wachsende Zahl der als nachhaltig klassifizierten Fonds zahlt auf diesen Trend ein. Deren Anleger mussten 2022 über alle Anlageklassen hinweg im Durchschnitt leicht geringere Verluste verkraften: Während das Minus bei konventionellen Fonds 13 Prozent betrug, lag es bei nachhaltigen Fonds bei 10 Prozent.

Viele Deutsche wohnen gern (gefährlich) nah am Wasser

Dass es brisant ist, in Überschwemmungsgebieten Wohngebäude zu errichten, war schon vor der Ahrtal-Flutkatastrophe im letzten Jahr weithin bekannt. Dessen ungeachtet stieg die Quote der Neubauten, die in ebensolchen Hochrisikozonen liegen, 2021 auf den höchsten Stand seit Jahrzehnten, nämlich auf 1,4 Prozent. 20 Jahre zuvor belief sie sich noch auf 1,0 Prozent. Seit dem Jahr 2000 sind in Deutschland mehr als 32.000 Wohngebäude in Überschwemmungszonen errichtet worden – zusätzlich zu den rund 240.000, die dort bereits standen.

Eine Entwicklung, die die deutschen Versicherer mit Sorge verfolgen. „Wir sind der Meinung, dass in Überschwemmungsgebieten grundsätzlich nicht neu gebaut werden sollte“, unterstreicht Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). Der GDV hat die Zahlen auf Basis des sogenannten Zonierungssystems für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen (ZÜRS Geo) errechnet.

Nur rund die Hälfte der Wohngebäude hierzulande ist mit einem Elementargefahrschutz abgesichert, der auch Starkregen und Überschwemmungen abdeckt. Da solche Ereignisse im Zuge des Klimawandels häufiger auftreten dürften, mehren sich die Forderungen nach einer bundesweiten Versicherungspflicht.

Kommen bessere Zeiten für Immobilienkäufer?

Nachdem die Kaufpreiskurve für Immobilien seit Jahren eisern aufwärts gezeigt hat, deutet sich nun eine Entspannung an. Laut der Auswertung einer großen Kreditvermittlungsplattform sanken die Immobilienpreise zum vierten Quartal 2022 um 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Besonders ältere Objekte mussten deutliche Preisabschläge hinnehmen, was maßgeblich auf ihre im Allgemeinen geringere Energieeffizienz zurückzuführen sein dürfte. Um 7,5 Prozent gingen die Kaufpreise für vor 1990 errichtete Wohnimmobilien vom zweiten bis zum vierten Quartal 2022 zurück, 4 Prozent betrug dieser Wert bei Objekten, die ab 2010 gebaut wurden.

Besonders stark fielen die Preise in den Metropolen: In Hamburg, München und Frankfurt/Main wurde ein Rückgang von rund 8 Prozent verzeichnet, in Köln und Stuttgart 7 Prozent, in Berlin und Leipzig 4 Prozent.

Ein weiterer Trend: Hauskäufer begnügen sich mit weniger Wohnraum. Zwischen 2020 und 2022 sank die mittlere Wohnfläche der verkauften Eigenheime von 161 auf 156 Quadratmeter. Bei Wohnungen bleibt sie hingegen konstant bei 80 Quadratmetern.

Betriebliche Krankenversicherung erlebt Boom

Die betriebliche Krankenversicherung (bKV) wächst zunehmend aus ihrer Nische heraus: Laut PKV-Verband unterhielten Ende letzten Jahres rund 22.500 Unternehmen ein solches Angebot, ein Zuwachs von mehr als 22 Prozent gegenüber Ende 2021. Gemessen an der Zahl der bKV-begünstigten Mitarbeiter betrug das Plus 11,5 Prozent, womit nun 1,76 Millionen Menschen den Krankenzusatzschutz genießen.

Der positive Trend dürfte hauptsächlich auf den Arbeitskräftemangel zurückgehen: Mit einer bKV, die den Angestellten Gratis-Gesundheitsleistungen über den Krankenkassen-Katalog hinaus eröffnet, können Arbeitgeber ihre Attraktivität merklich steigern und dabei von Steuervergünstigungen profitieren. Welche Art von Gesundheitsleistungen angeboten wird, entscheiden die Unternehmen bzw. deren Mitarbeiter selbst. Beliebt sind Zahn- und Krankenhausleistungen, Vorsorgeuntersuchungen, Krankentagegeld oder auch Vorsorge für den

Pflegefall. Seit einiger Zeit erobern zudem sogenannte Budgettarife den Markt, die den Angestellten die freie Wahl lassen, bei welcher medizinischen Einrichtung sie ihr persönliches Budget in die eigene Gesundheit investieren.

Immer mehr Bundesbürger von Altersarmut bedroht

Wie das Bundesarbeitsministerium mitteilt, rangierte das Einkommen von circa 18 Prozent der Rentner und Pensionäre in Deutschland 2021 unter der sogenannten Armutsrisikoschwelle. Diese liegt bei 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median), im Jahr 2021 entsprach das 1.148 Euro. Damit setzt sich eine besorgniserregende Entwicklung fort; 2010 waren noch 12,6 Prozent der Ruheständler von Altersarmut bedroht.

Wer sich nicht auf eine üppige gesetzliche Rente oder Pension freuen kann, sollte frühzeitig privat vorsorgen, um das Verarmungsrisiko im Alter zu entschärfen. Eine Kapitalmarkteteiligung kann dabei sehr hilfreich sein, gerade in Zeiten hoher Inflation. Wie die Historie zeigt, ist das Risiko bei langfristiger Anlage sehr gering, wenn man bestimmte Vorsichtsmaßnahmen zur Risikostreuung beachtet. Die Sicherheit einer lebenslangen Rentenzahlung bieten versicherungsförmige Vorsorgeprodukte, etwa Fondspolizen, die auch als geförderte Basisrente erhältlich sind und an den Renditechancen der Kapitalmärkte partizipieren.